

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie schützen – Ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen Rechts- extremismus entwickeln und umsetzen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Demokratiefeindliche Aktivitäten nehmen zu. Rechtsextremismus, rassistische Übergriffe und demokratiefeindliche Erzählungen sowie Desinformationen gefährden zunehmend das gesellschaftliche Miteinander. Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten ist in Mecklenburg-Vorpommern bis November 2024 auf 1 879 Straftaten und damit innerhalb eines Jahres um 66 Prozent gestiegen. Darauf muss der Staat konsequenter reagieren als bisher.
2. In Mecklenburg-Vorpommern existieren sich immer weiter verfestigende rechtsextreme Strukturen. Langjährige Netzwerke sowie die Ausweitung auf Wählergemeinschaften und Vereine ermöglichen es, rechtsextreme Ideologien weiter zu tragen und demokratische Institutionen zu untergraben. Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht gibt es hierzulande 1 855 dem Rechtsextremismus zugeordnete Personen, das sind 205 mehr als noch vor vier Jahren.
3. Wenn die Demokratie nicht für alle da ist, wenden sich die Menschen von ihr ab. Soziale und finanzielle Ungerechtigkeit befördern verfassungsfeindliche Grundeinstellungen. Niedrige Löhne, soziale Segregation und benachteiligte Regionen verstärken die Anfälligkeit für populistische und autoritäre Ideologien. Ein gutes Leben in Mecklenburg-Vorpommern muss für alle Menschen bezahlbar werden, durch günstigeren Strom, preiswerte Mobilität und durch ein Klimageld, von dem gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren.

4. Demokratische Institutionen sind zunehmend bedroht. Rechtsextreme Akteurinnen und Akteure einschließlich bewaffneter Gruppen gefährden die demokratische Grundordnung und streben einen gewaltsamen Umsturz an. Rechtsextremismus ist mit Abstand die größte und immer größer werdende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung.
5. In Mecklenburg-Vorpommern haben in 13 Orten 977 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren an der U18-Wahl teilgenommen. Dabei entfielen 34,89 Prozent der Stimmen auf die AfD. In Reaktion auf die Ergebnisse hat der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern vor einer einseitigen Interpretation der Ergebnisse gewarnt und verstärkte (jugend)politische Anstrengungen für eine offene und demokratische Gesellschaft gefordert.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und umzusetzen. Rechtsextreme Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern sind effektiv zurückzudrängen.
2. alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen, um gegen eine weitere Ausbreitung und die fortschreitende Radikalisierung der rechtsextremen Szene vorzugehen. Parteiverbotsverfahren, Vereinsverbote sowie die Offenlegung und Unterbindung von Finanzierungsströmen rechtsextremer Akteurinnen und Akteure sind zu prüfen und bei Aussicht auf Erfolg konsequent umzusetzen. Die Öffentlichkeit ist umfassend über rechtsextreme Akteurinnen und Akteure und die Gefahren, die von ihnen ausgehen, zu informieren. Eine Verdachtsberichterstattung des Verfassungsschutzes ist zeitnah zu ermöglichen, indem das Landesverfassungsschutzgesetz entsprechend geändert wird.
3. die Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen schneller zu erkennen, sie umfassend zu analysieren und konsequent aufzulösen. Um über eine verbesserte Dunkelfeldforschung weitere Erkenntnisse zu der Entwicklung der rassistisch und antisemitisch motivierten Straftaten zu erlangen, ist die Erstellung eines periodischen Sicherheitsberichts gesetzlich zu verankern. Für die wissenschaftliche Analyse demokratiefeindlicher und -gefährdender Bestrebungen ist eine unabhängige „Forschungsstelle Demokratie“ einzurichten. Dass V-Leute ihre Honorare als Strukturhilfe für die rechtsextreme Szene missbrauchen, ist zu verhindern. Nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten sind zeitnah zu vollstrecken. Bekannte Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern sind zu entwaffnen.
4. staatliche Institutionen vor Verfassungsfeindinnen und Verfassungsfeinden zu schützen. Verfassungsfeindinnen und Verfassungsfeinde sind konsequent aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Die Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit des Landesverfassungsgerichts sind abzusichern.
5. die Rechte von Betroffenen rechter Gewalt zu gewährleisten und zu erweitern. Die Förderung von Anlaufstellen für Betroffene rechter Gewalt ist zu verstetigen und auszubauen. Betroffenen rassistischer, rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten ist ein Bleiberecht zu gewähren.

6. Aufarbeitung und Erinnerung zu stärken. Die Förderung der Aufarbeitungs-, Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ist auszubauen. Die Landesregierung hat sich umfassend an der lückenlosen Aufklärung der Gewalttaten des NSU zu beteiligen, für das Versagen der Sicherheitsbehörden eine Mitverantwortung zu übernehmen und daraus Lehren für die künftige Sicherheitsarchitektur zu ziehen.
7. die Rechte von Menschen mit Migrationsgeschichte auszubauen. Im Integrations- und Teilhabegesetz sind für die Kommunen verpflichtende Regelungen über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration sowie die Benennung von kommunalen Integrationsbeauftragten vorzusehen. Zudem ist die Förderung der Einbürgerung als Aufgabe der Landesregierung im Integrations- und Teilhabegesetz festzuschreiben.
8. Demokratie- und Menschenfeindlichkeit mit einer Stärkung der sozialen Infrastruktur entgegenzutreten. Sozialer und finanzieller Ungerechtigkeit muss systematisch entgegengetreten werden. Das Leben für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern muss einfacher und günstiger, die Armutsquote muss deutlich gesenkt werden. Wichtige Bausteine hierfür sind bezahlbares Wohnen, bezahlbare Energie und bezahlbare Mobilität. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Verlängerung der Mietpreisbremse, kostengünstigen Strom durch eine Herausnahme von Stromsteuer und Netzentgelten sowie eine Niedrigpreisgarantie für das Deutschlandticket. Das Land muss die Kommunen beim Aufbau und Erhalt von Einrichtungen der Daseinsfürsorge finanziell unterstützen. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung dafür stark machen, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport den Bürgerinnen und Bürgern über ein sozial gestaffeltes Klimageld zurückgezahlt wird.
9. die transformatorischen Herausforderungen für unser Gemeinwesen solidarisch anzugehen und hierzu Klimaschutz, Zusammenhalt und Wirtschaftsförderung zusammen zu denken. Die Verabschiedung eines effizienten und eindeutigen Landesklimaschutzgesetzes würde den Unternehmen bei uns im Land die notwendige Planungssicherheit verschaffen. Durch die dann möglichen Investitionen würden zusätzliche Steuereinnahmen generiert und mehrere Zehntausend gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Über Beteiligungen an Solarparks und Windkraftanlagen können die Kommunen zudem weitere Einnahmen erzielen und mehr Mittel in ihre Einrichtungen der Daseinsfürsorge investieren.
10. die demokratische und soziale Teilhabe zu sichern. Die Qualität demokratischer Entscheidungen ist durch mehr Transparenz, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und eine konsequente Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verbessern. Unter anderem sollen ausgeloste Bürgerinnen- und Bürgerräte eingerichtet werden, um drängende gesellschaftliche Fragen zu diskutieren und Empfehlungen für den Landtag auszuarbeiten.
11. die demokratische Kultur zu stärken und hierzu die Finanzierung von Demokratieprojekten zu verstetigen und auszubauen, das Thema Medien- und Digitalkompetenz sowohl in den Schulen vertiefend zu vermitteln als auch umfassend in die Erwachsenenbildung zu integrieren sowie die demokratischen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Landes- und auf kommunaler Ebene verbindlich zu regeln.

12. gemeinsam mit dem Bund, den anderen Bundesländern und den Kommunen eine wirksame jugendpolitische Strategie zu erarbeiten und damit die anhaltend hohe Kinder- und Jugendarmut anzugehen, die unzureichende Finanzierung und Ausstattung der Jugendarbeit und -hilfe zu beheben sowie langfristige Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung zu schaffen.

Constanze Oehlich und Fraktion

Begründung:

Zu Ziffer I

Zu Nummer 1

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl rechtsextremer Straftaten in Mecklenburg-Vorpommern um 66 Prozent gestiegen. Dieser drastische Anstieg liegt weit über dem Bundesschnitt – nach den Zahlen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat haben rechtsextreme Taten bis November 2024 deutschlandweit um 17 Prozent zugenommen.

Zu Nummer 2

Das rechtsextremistische Personenpotenzial steigt seit Jahren kontinuierlich an. Zählte der Verfassungsschutz im Jahr 2021 noch 1 790 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern, waren es im Jahr 2022 schon 1 840. Nach dem aktuellen Verfassungsschutzbericht gibt es hierzulande mittlerweile 1 855 dem Rechtsextremismus zuzuordnende Personen.

Zu Nummer 3

Soziale Gerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. Die Reduzierung von Armut stärkt das Vertrauen in die Politik und verringert die Zustimmung zu verfassungsfeindlichen Ideologien.

Zu Nummer 4

Dass der Rechtsextremismus mit Abstand die größte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt, lässt sich schon allein anhand des Personenpotenzials und der begangenen Straftaten belegen. Von den im aktuellen Verfassungsschutzbericht aufgeführten 1 855 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten werden 730 als gewaltbereit eingestuft. Die Anzahl rechtsmotivierter Taten ist im Jahr 2023 gegenüber dem Jahr 2022 um 19,9 Prozent gestiegen. So wurden im Vorjahr 1 369 Delikte registriert, während es 2022 insgesamt 1 142 Straftaten waren.

Zu Nummer 5

Die U18-Wahlen gehören zu den größten Initiativen der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland. Dabei werden von jungen Menschen selbstorganisierte Wahllokale durch ein Netzwerk demokratischer Träger beraten, vernetzt und unterstützt.

Zu Ziffer II**Zu Nummer 1**

Eine ressortübergreifende Gesamtstrategie auf Landesebene ist notwendig, um rechtsextreme Strukturen wirksam zurückzudrängen. Nur durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen können zielgerichtete Maßnahmen umgesetzt werden.

Zu Nummer 2

Partei- und Vereinsverbote sowie die Unterbindung von Finanzströmen sind zentrale Instrumente, um die Einflussmöglichkeiten rechtsextremer Gruppierungen nachhaltig zu schwächen.

Zu Nummer 3

Als größte Gefahr für unsere Demokratie muss sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Schwerpunktsetzung der Sicherheitsbehörden unseres Landes widerspiegeln. Die Mitarbeitenden der Sicherheitsbehörden benötigen eine hochwertige Ausbildung, moderne Werkzeuge und eine klare Ausrichtung auf die Bekämpfung rechtsextremer Netzwerke, um die von diesen ausgehenden Gefahren frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Zu Nummer 4

Nach § 33 Absatz 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes müssen sich Beamtinnen und Beamte durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten. Zum Schutz der demokratischen Institutionen unseres Landes muss die Entlassung von Verfassungsfeindinnen und Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst vereinfacht werden.

Zu Nummer 5

Betroffene rechtsextremer Gewalt benötigen umfassenden Schutz und Unterstützung. Melde- und Beratungsstellen spielen hierbei eine wichtige Rolle und tragen zur gesellschaftlichen Sensibilisierung bei. Nach dem Vorbild Brandenburgs ist Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten ein Bleiberecht zu gewähren.

Zu Nummer 6

Die Mitglieder der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ konnten über Jahre hinweg zehn Menschen ermorden sowie 43 Mordversuche, drei Bombenanschläge und zahlreiche Raubüberfälle begehen, ohne entdeckt zu werden. Bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes kann es nicht nur darum gehen, die notwendigen Schlüsse aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden zu ziehen und die Zusammenhänge zu verstehen – es müssen auch die Geschichten der Betroffenen erzählt werden.

Zu Nummer 7

Zuwanderung leistet, so das Integrationskonzept der Landesregierung, „einen wichtigen Beitrag zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der zukünftig noch an Bedeutung gewinnen wird.“ Mecklenburg-Vorpommern werde als Zuwanderungsland aber nur attraktiv sein, „wenn die zugewanderten Menschen sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft angenommen fühlen und grundsätzlich mit gleichen Rechten und Pflichten eingebunden werden.“ Das ist jedoch bislang nicht der Fall. Die Rechte von Menschen mit Migrationsgeschichte sind weiter auszubauen. Unter anderem soll der Landesregierung nach dem Vorbild Hessens der Auftrag erteilt werden, die Einbürgerung zu fördern.

Zu Nummer 8

Soziale Gerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. Die Reduzierung von Armut stärkt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und verringert die Aufgeschlossenheit für verfassungsfeindliche Ideologien.

Zu Nummer 9

Viele Unternehmen sind längst startklar, um unter den richtigen Rahmenbedingungen zügig zu investieren. Dadurch könnten mehrere Zehntausend neue Arbeitsplätze im Land entstehen – Arbeitsplätze mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen. Zusätzlich würden die Kommunen dank Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von rd. 2,6 Milliarden Euro – das entspricht einem Viertel unseres Landeshaushalts – in die Lage versetzt, soziale und kulturelle Projekte im ländlichen Raum zu fördern und so zur Steigerung der Lebensqualität beizutragen.

Zu Nummer 10

Ausgeloste Bürgerinnen- und Bürgerräte schaffen neue Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe und sorgen für eine inklusive und transparente Entscheidungsfindung.

Zu Nummer 11

Eine verstärkte Förderung von Projekten zur Demokratiebildung ist notwendig, um demokratische Werte nachhaltig im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Medienkompetenz und politische Bildung befähigen zu einem kompetenten Umgang mit Desinformation und verfassungsfeindlichen Narrativen.

Zu Nummer 12

Mit der jugendpolitischen Strategie greift der Antrag eine Forderung des Landesjugendringes Mecklenburg-Vorpommern auf, die dieser in Reaktion auf die U18-Wahlen an Bund, Länder und Kommunen gerichtet hat. Die Themen und Bedürfnisse von jungen Menschen müssten eine viel höhere Gewichtung in der Politik erlangen, damit sie sich gesehen und gehört fühlen und im besten Fall auch Lust hätten, unsere Gesellschaft mitzugestalten und sich politisch zu engagieren, hieß es dort.